

## Flurbereinigungsverfahren Perl-Oberperl-Sehndorf

### Niederschrift

über die 13. Vorstandssitzung der Teilnehmergeinschaft  
von Perl-Oberperl-Sehndorf vom 24. Juni 1998

**Anwesend:** Vermessungsobererrat Utzig      Amt für Landentwicklung  
Vermessungsamtsrat Menzler      Amt für Landentwicklung

Vorstandsmitglieder:      Theis, Josef  
Herber, Helmut  
Manstein, Kurt  
Stark, Franz  
Bertel, Hans  
Maas, Quirin  
Blatt, Johann  
Anton, Nikolaus  
Petgen, Gerd

Stellvertretende Mitglieder  
des Vorstandes:      Hartmann, Willi  
Weier, Klaus  
Wagner, Werner  
Mohr, Heinz  
Bladt, Günter  
Ollinger, Willi

Das Amt für Landentwicklung hat zu dieser Vorstandssitzung mit Schreiben vom 10. Juni 1998 eingeladen.

Zunächst stellte Herr Menzler den anwesenden Vorstands- und stellvertretenden Vorstandsmitgliedern den neuen Verfahrensleiter der Flurbereinigung Perl-Oberperl-Sehndorf, Herrn Vermessungsobererrat Utzig, vor.

Herr Utzig war vor seiner Versetzung zum Amt für Landentwicklung stellvertretender Leiter des Katasteramtes St. Wendel

Mit der Ernennung des Herrn Utzig zum Verfahrensleiter von POS, ist dieses Verfahren personell so besetzt, daß der Verfahrensleiter nun hauptsächlich das Verfahren POS leiten kann, was bei den Vorgängern - Vermessungsdirektor Fuchs, als Vorsteher des früheren BWA Saarbrücken und Vermessungsobererrat Jochum Peter, als Verfahrensleiter von Büschforf, Tünsdorf, Wochern, Weiten-Wald und der Zusammenlegungsverfahren aus Zeitgründen nicht möglich war. Außer dem Flurbereinigungsverfahren POS leitet Herr Utzig alle Zusammenlegungsverfahren beim Amt für Landentwicklung.

Das jetzige Aufgabengebiet ist für Herrn Utzig neu, es ist aber nicht so, daß er bei Null anfangen müßte. In seiner bisherigen Tätigkeit war er unter anderem auch mit Baulandumlegungen befaßt, solche von der Abwicklung her einem Flurbereinigungsverfahren doch sehr ähnlich sind.

Aufgrund der Verwandtschaft der Verfahren, wird sich Herr Utzig in verhältnismäßig kurzer Zeit in der Materie des Flurbereinigungsverfahrens auskennen und neue Ideen in das Flurbereinigungsverfahren einbringen.

Nachdem Herr Utzig von Herrn Menzler vorgestellt wurde, begrüßte dieser die Anwesenden und eröffnete um 19.15 Uhr die Vorstandssitzung. Auf Befragen von Herrn Utzig wurde eine Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung nicht beantragt.

## TOP 1

### **Bericht über den Stand des Verfahrens.**

- a) Ausbau und Restaurierung des Gemeindehauses Oberperl zu einem Dorfgemeinschaftshaus.

Nachdem die Gemeinde Perl und der Vorstand der Teilnehmergeinschaft der Planung und Finanzierung des Dorfgemeinschaftshauses zugestimmt hatten, erfolgte am 15.07.97 der Plangenehmigungsbeschluß durch das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr - Obere Flurbereinigungsbehörde -.

Mit den Bauarbeiten wurde im Frühjahr 1998 begonnen, Der Umbau der Bürgerstuben muß allerdings bis nach der im Herbst stattfindenden Bundestagswahl verschoben werden, da diese als Wahllokal dienen

- b) Im Zuge der Freigabe des Autobahnteilstückes AS Wellingen is AS Perl im Dezember 1997 mußte für die Bürger von Oberperl und Perl mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen gerechnet werden. Aus diesem Grunde wurde zum Schutz der Bürger ein Geh- und Radweg zwischen Rabüschek und Haus-Biringer-Straße gebaut.



Die Bereitstellung der Flächen für das Landesamt für Straßenwesen erfolgte durch Verhandlungen mit den Beteiligten Anliegern im laufenden Flurbereinigungsverfahren durch das Amt für Landentwicklung.

c) Bereitstellung von Land in großem Umfange zum Bau der Bundesautobahn A 8.

Nachdem die Aussetzung des Nichtvollzugs für einen Teil des Planfeststellungsbeschlusses rechtskräftig ist, kann dieser Abschnitt - von Espen bis zur Obermoselstraße (B419) einschließlich der Moselbrücke - gebaut werden.

Die Hauptaufgabe der Flurbereinigungsbehörde besteht zur Zeit darin, die Flächen dieses Bauabschnittes zu erwerben.

Mit 5 Eigentümern muß diesbezüglich noch verhandelt werden. Außerdem muß noch mit den Pächtern verhandelt werden.

## **TOP 2:**

### **Umstellung des klassischen Flurbereinigungsverfahrens in ein Unternehmensflurbereinigungsverfahren nach §§ 87 ff FlurbG**

Herr Utzig begründete die bevorstehende Umstellung des Verfahrens mit

1. der Möglichkeit, dem Landverlust der in einem Enteignungsverfahren in großem Umfang für die Betroffenen entstehen würde, auf einen größeren Kreis von Eigentümern zu verteilen,
2. der Vermeidung von Nachteilen für die allgemeine Landeskultur.

Anschließend gab er einen Überblick über die Situation im Verfahren:

Der Antrag der Enteignungsbehörde auf Durchführung eines Verfahrens nach §§ 87 ff FlurbG wurde am 17.03.1997 bei der Oberen Flurbereinigungsbehörde gestellt.

Wegen der noch anhängigen Klage des NABU, über die noch im Laufe dieses Jahres entschieden werden soll, erfolgt die Umstellung und Zuziehung der benötigten Grundstücke Ende August/Anfang September dieses Jahres.

Schon zum jetzigen Zeitpunkt stehen im Verfahren ca 100 ha Land aus Verzichtserklärungen nach § 52 FlurbG zur Verfügung.

Dies bedeutet, daß voraussichtlich kein Landverlust mehr für den einzelnen Teilnehmer entsteht.

Der einzige Nachteil, der u. U. für einen Teilnehmer entstehen kann, liegt darin, daß eine Zuteilung in der künftigen Autobahntrasse nicht möglich ist.

Eine weitere Besonderheit des 87-er Verfahrens liegt in der Kostenbeteiligung des Unternehmensträgers.

Neben den Kosten für die benötigten Flächen (zum Verkehrswert) hat er Entschädigungen zu zahlen für Nachteile, die durch den Bau der Autobahn entstehen können, wie z. B. für Substanzverluste, Durchschneidungsschäden usw.

Zusätzlich beteiligt sich der Unternehmensträger an den Ausführungs- und Verfahrenskosten.

Zu den Ausführungskosten zählen die Kosten für Straßen- und Wegebau, für Maßnahmen der Landschaftspflege, für Vermessung und Vermarkung.

Die anteiligen Verfahrenskosten (momentan mit 700,-- DM/ha festgesetzt) erstattet der Unternehmensträger dem Saarland.

Herr Utzig beendete seinen Vortrag mit der Bemerkung, daß sich die Verfahrensumstellung sowohl für die TG wie für den einzelnen Teilnehmer als vorteilhaft erweisen wird.

### TOP 3

#### **Ergänzung des Wertermittlungsrahmens**

Hierzu führte Herr Menzler folgendes aus:

Grundlage bei der Übernahme der Flurstücke in den Wertermittlungsnachweis ist der vom Vorstand am 25.03.1992 beschlossene Wertermittlungsrahmen. Dieser basiert auf den in der Reichsbodenschätzung ermittelten Acker- und Grünlandzahlen. Bei der vorgenannten Übernahme wurde festgestellt, daß verschiedene Flurstücke, die als Gartenland oder Weingarten genutzt werden, nicht von der Reichsbodenschätzung erfaßt waren. Da für jedes Flurstück ein Wert festgelegt sein muß, ist für die umgeschätzten Flurstücke ein Wertverhältnis festzulegen.

Der Vorstand beschloß nach einer kurzen Diskussion einstimmig folgendes Wertverhältnis:

a) für ungeschätztes Gartenland =  $10 \text{ WE/a} = 3,40 \text{ DM/qm}$

b) für ungeschätzten Weingarten =  $11 \text{ WE/a} = 3,75 \text{ DM/qm}$ .



Aus aktuellem Anlaß - Baugebiet im Gewännchen - befaßte sich der Vorstand auch mit der Bewertung von Rohbauland. Nach dem Baugesetzbuch sind Rohbauland Flächen, die für eine bauliche Nutzung bestimmt sind, deren

Erschließung aber noch nicht gesichert ist oder die nach Lage, Form oder Größe für eine bauliche Nutzung unzureichend gestaltet sind. Damit auch diese Flächen im Wertermittlungsrahmen erfaßt sind, beschloß der Vorstand in Anlehnung an den Verkehrswert für Rohbauland der Gemeinde Perl (12,50 DM/qm) einstimmig folgendes Wertverhältnis:

c) Rohbauland = 37 WE/a = 12,58 DM/qm.

#### TOP 4:

#### **Verschiedenes**

##### 1. Gestaltung des Eingangsbereichs des Haus-Biringer-Straße an der B 407.

Die Gemeinde hat das Flurstück, Gemarkung Oberperl, Flur 3 Nr. 766/5 von der Bundesstraßenverwaltung mit der Absicht gekauft, daß mit dem Eigentümer des angrenzenden Baugrundstücks eine Übereinkunft dahingehend erzielt wird, daß die Gemeindefläche neu zugeschnitten, komplett an den Einmündungsbereich der Haus-Biringer-Straße in die B 407 verlegt wird und als Grünanlage neu gestaltet werden kann.

Das Amt für Landentwicklung hat durch Verhandlung mit den Eigentümern des angrenzenden Baugrundstücks - Eheleute Skop - Übereinkunft darüber erzielt, daß der Grenzausgleich mit dem Grundstück der Gemeinde Perl erst erfolgen soll, wenn die südliche Grenze ihres Baugrundstücks - gemeinsame Grenze mit Wintringer Anna - in der Örtlichkeit durch das Katasteramt festgelegt wird.

##### 2. Dorfbrunnen in der Ortsmitte Oberperl

Der Ortsrat Oberperl hat einen Antrag auf Verlegung des Brunnenstandortes in den Bereich der früheren Milchsammelstelle - jetzt als Schuppen, 3,6 m x 7,7 m genutzt - an der Grenze zum Nachbarflurstück 438/3, gestellt.

Die Eigentümer der Fläche des geplanten Brunnenstandortes, die Eheleute Bobzin, sind grundsätzlich bereit, die Hälfte der bebauten Fläche (3,6 m x 3,8 m) für den Brunnenstandort zur Verfügung zu stellen.

Bei einer örtlichen Besichtigung der Herren Utzig und Menzler vom AfL und dem Architekten Otmar Mohr aus Oberperl war man sich einig, daß dieser Standort - die Hälfte des Schuppens soll nach dem Wunsch der Eheleute Bobzin bestehen bleiben - nicht unbedingt eine schöne Lage für einen Brunnen ist.

Wenn es technisch möglich ist - Heranführung des Quellwassers - sollte der Brunnen verlegt werden, evtl. neben die Kapelle.

Nach Aussage von Herrn Ortsvorsteher Stark soll die Flurbereinigungsbehörde im Moment nichts weiter unternehmen, da der Ortsrat Oberperl sich des Problems wieder annehmen will.

### 3. Anpflanzung des Roten Weinbergspfirsichs

Herr Herber regte die Anpflanzung des Roten Weinbergspfirsichs im Verfahrensgebiet, evtl. entlang von Feldwirtschaftswegen oder Straßen, an und verwies auf eine ähnliche Aktion in Rheinland-Pfalz.

Mit der Pfirsichblüte im April/Mai könnte schon früh im Jahr eine touristische Attraktion geschaffen werden.

Entsprechende Standorte sollten schon jetzt erkundet werden, Pflanzmaterial müßte frühzeitig bestellt werden, um zur Pflanzzeit in ausreichender Menge zur Verfügung zu stehen.

### 4. In dem TOP-Verschiedenes wurde noch kurz der vorgesehene weitere Verfahrensablauf angesprochen:

- a) Sobald die Klage über den Nichtvollzug der Planfeststellung entschieden ist, erfolgt der weitere Grunderwerb für den Bau der BAB A 8.
- b) Erstellung des Wege- und Gewässerplanes mit landschaftspflegerischem Begleitplan für das gesamte Verfahrensgebiet.
- c) Erstellung eines Teilplanes, damit die durch den Autobahnbau verursachten Nachteile für die allgemeine Landeskultur bereinigt werden können.
- d) Die ungenügende Personalsituation beim AfL, vor allem was den Außendienst betrifft.

Da keine Wortmeldungen mehr erfolgten, bedankte sich Herr Utzig bei allen Anwesenden und schloß die Sitzung um 21.00 Uhr.

  
Utzig  
Verm.-Oberrat

  
Menzler  
Verm.-Amtsrat



## Öffentliche Bekanntmachung

des Amtes für Landentwicklung  
Dillinger Str. 67, 66822 Lebach  
Az.: POS, Tgb.Nr.: 939/98

Das klassische Flurbereinigungsverfahren von Perl-Oberperl-Sehndorf soll durch Anordnung der oberen Flurbereinigungsbehörde gemäß § 87 Abs. 4 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 1997 (BGBl. I S. 1430) nunmehr als ein Verfahren unter Anwendung der §§ 87 bis 89 FlurbG durchgeführt werden.

Zur Aufklärung der beteiligten Grundstückseigentümer über das geplante Verfahren einschließlich der voraussichtlich entstehenden Kosten habe ich gemäß § 5 (1) FlurbG einen Aufklärungstermin für

**Montag, den 13. Juli 1998, abends 20.00 Uhr**  
**im Vereinshaus in Perl**

anberaumt.

Zu diesem Termin werden hiermit alle Personen, die Eigentümer von Grundstücken in dem Verfahrensgebiet der Flurbereinigung von Perl-Oberperl-Sehndorf sind, eingeladen.

Zur Klarstellung wird bereits jetzt auf folgendes hingewiesen:

- 1.) Da die von der Bundesstraßenverwaltung zum Weiterbau der BAB A 8 benötigten Flächen sowohl für die Trasse als auch die Ausgleichs- und Ersatzflächen aufgrund freiwilliger Geldvereinbarungen gemäß § 52 ff FlurbG voraussichtlich beschafft werden können, erübrigt sich ein nach § 88 Nr. 4 FlurbG möglicher Landabzug.

Darüberhinaus stehen weitere erhebliche Flächen auch zur Verbesserung der Agrarstruktur zur Verfügung.

- 2.) Vorausgesetzt, daß eine Landabfindung im Bereich der von der Bundesstraßenverwaltung für den Weiterbau der BAB A 8 benötigten Flächen gemäß der Planfeststellung nicht möglich ist, ist eine Schlechterstellung aufgrund der Umstellung des klassischen Verfahrens gemäß § 1 FlurbG in eine Unternehmensflurbereinigung nach Maßgabe der §§ 87 bis 89 FlurbG nicht gegeben. Vielmehr erfolgt die Landabfindung im hier vorliegenden Fall gemäß § 44 FlurbG nach den gleichen Grundsätzen für die Abfindung wie bei einem klassischen Flurbereinigungsverfahren
- 3.) Die Umstellung des klassischen Flurbereinigungsverfahrens nach § 1 FlurbG in eine Unternehmensflurbereinigung nach Maßgabe der §§ 87 bis 89 FlurbG erfolgt im vorliegenden Fall hauptsächlich auch aus folgenden Gründen:

- a) Gemäß § 104 FlurbG trägt in einem klassischen Flurbereinigungsverfahren das Saarland die persönlichen und sächlichen Kosten der Behördenorganisation (Verfahrenskosten).

Nach der Umstellung in eine Unternehmensflurbereinigung hat die Bundesstraßenverwaltung, d. h. der Bund, gemäß § 88 Nr. 9 FlurbG den von ihm verursachten Anteil an den Verfahrenskosten an das Saarland zu zahlen.

- b) Gemäß § 105 FlurbG fallen in einem klassischen Flurbereinigungsverfahren die zur Ausführung der Flurbereinigung (z. B. Wegebau, wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Planinstandsetzungen, Begrünungsmaßnahmen usw.) erforderlichen Aufwendungen der Teilnehmergeinschaft zur Last (Ausführungskosten).

Nach der Umstellung in eine Unternehmensflurbereinigung hat die Bundesstraßenverwaltung gemäß § 88 Nr. 8 FlurbG an die Teilnehmergeinschaft von Perl-Oberperl-Sehndorf den Anteil an den Ausführungskosten zu zahlen, der durch Bereitstellung der zugeteilten Flächen und Ausführung der durch die geplante BAB A 8 insgesamt nötig gewordenen gemeinschaftlichen Anlagen verursacht ist. Die obere Flurbereinigungsbehörde setzt den Anteil nach Anhörung der Bundesstraßenverwaltung fest.

Lebach, den 25. Mai 1998

 (DS)

Ringeisen  
Verm.-Direktor



### Bescheinigung

Es wird hiermit bestätigt, daß die "Öffentliche Bekanntmachung" des Amtes für Landentwicklung, Lebach, vom **25. Mai 1998 - F-POS - 939/98** - in der Flurbereinigungssache von **Perl-Oberperl-Sehndorf** betreffend die **Anhörung der beteiligten Grundstückseigentümer** nach den für die öffentliche Bekanntmachung von Verfügungen dieser Gemeinde bestehenden Rechtsvorschriften am 04.06.1998 vollzogen wurde. (Anzahl 23/98)

Gemeinde Perl  
- Der Bürgermeister -

1.17.



Gemeindesekretär



Bitte bei allen Schreiben angeben!

C/5-34-87-P-O-S - 297/98

Herr Ritsch

4234

Tel.-Durchwahl 5 01 - .....

Saarbrücken, 29.07.1998

Flurbereinigung

Perl-Oberperl-Sehndorf

Gemeinde

Perl

Landkreis

Merzig-Wadern

### Umstellungs- und Zuziehungsbeschuß

- I. Das mit Beschluß des Ministers für Wirtschaft - Obere Flurbereinigungsbehörde - vom 02. März 1989, E/3-55/P5-Tgb.-Nr. 269/89 Mo/He nebst Änderungsbeschluß des Amtes für Landentwicklung vom 09. Juni 1998, Az.: F-POS-Tgb.-Nr. 1035/98, gemäß §§ 1, 37 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.06.1997 (BGBl. I S. 1430) angeordnete Flurbereinigungsverfahren „Perl-Oberperl-Sehndorf“ wird aufgrund des Antrages des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr - Enteignungsbehörde - vom 17.03.1997, Az.: A/4-J-4.2.1-6/97 Kl/Me zugunsten des Unternehmensträgers Bundesrepublik Deutschland - Bundesstraßenverwaltung - vertreten durch das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr, dieses vertreten durch das Landesamt für Straßenwesen, nunmehr durch Beschluß als ein Verfahren nach Maßgabe der §§ 87 bis 89 FlurbG. - Verfahren zur Bereitstellung von Land in großem Umfang für Unternehmen - durchgeführt und zwar unter gleichzeitiger Anwendung der §§ 1, 37 FlurbG.

Postfachanschrift:  
Ministerium für Umwelt,  
Energie und Verkehr  
Postfach 10 24 61  
66024 Saarbrücken

Hausanschrift:  
Ministerium für Umwelt,  
Energie und Verkehr  
Halbergstraße 50  
66121 Saarbrücken

Telefon (0681) 501-00  
Telefax (0681) 501-4521

Kernarbeitszeit:  
08.30 - 12.00 Uhr  
13.30 - 15.30 Uhr

Öffentlicher Personennahverkehr hilft, unsere Umwelt zu schützen:  
Sie erreichen uns mit den Saartal-Linien 13 (Halbergstraße) 20 - 28 (Paul-Marien-Straße) 11, 12, 31, 39 (Martin-Luther-Straße)



Das Verfahrensgebiet des nach den §§ 87 bis 89 FlurbG unter gleichzeitiger Anwendung der §§ 1, 37 FlurbG umgestellten Flurbereinigungsverfahrens umfaßt das Gebiet des bisherigen nach den §§ 1, 37 FlurbG geführten Flurbereinigungsverfahrens von Perl-Oberperl-Sehndorf.

Gleichzeitig werden mit diesem Beschluß gemäß § 8 Abs. 1 FlurbG nachstehend aufgeführte Flurstücke zum Verfahrensgebiet zugezogen:

#### Gemarkung Perl

<b>Flur 4:</b>	Flurstücke	12/1, 13 bis 22, 28, 30, 39, 48;
<b>Flur 10:</b>	Flurstücke	1, 2, 5 bis 9, 10/1, 12, 13, 14/1, 16 bis 25, 103, 130, 131, 132;
<b>Flur 34:</b>	Flurstück	5;

#### Gemarkung Sehndorf

<b>Flur 3:</b>	Flurstücke	27 bis 37, 39, 42 bis 49, 51 bis 56, 58 bis 67, 71 bis 73, 75, 83, 84, 85, 87 bis 102, 105 bis 109;
<b>Flur 11:</b>	Flurstück	45;

#### Gemarkung Besch

<b>Flur 2:</b>	Flurstücke	3094/2232, 3095/2232, 3096/2232, 2247/1, 6077/2315, 2348/3, 2396/4, 2398/3, 2403/1, 5578/2405, 2406, 2407, 2408, 2409/1, 2410/1, 7008/2412, 3332/2414, 2416, 6052/2417, 6053/2419, 5146/2422, 5147/2422, 5148/2422, 3872/2423, 3873/2423, 4336/2424, 4337/2424, 4338/2424, 2427, 3798/2428, 3799/2428, 2429, 2431/1, 2432/1, 3947/2434, 3948/2435, 3949/2435, 3950/2437, 3951/2437, 2438 bis 2449.
----------------	------------	--

Das Flurbereinigungsgebiet mit den hinzugezogenen Flächen (farblich abgesetzt) ist in einer Gebietskarte im Maßstab 1:5000 dargestellt. Eine weitere Karte im Maßstab 1:2000 zeigt parzellenscharf die zugezogenen Flächen. Beide Karten sowie der Beschluß mit der Begründung liegen 2 Wochen lang - vom ersten Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung an - beim Bürgermeister der Gemeinde Perl (Zi 1.01) zur Einsichtnahme für die Beteiligten aus.

- II. Name und Sitz der Teilnehmergeinschaft sowie die Bestimmungen gemäß § 34 FlurbG über Nutzungsänderungen -Ziffer I. 5 des Flurbereinigungsbeschlusses vom 02.03.1989- bleiben unverändert bestehen. Ebenso gelten die Bestimmungen über die Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte -Ziffer I.4- und über die zeitweilige Einschränkung des Eigentums -Ziffer I.5- sowie die Aufforde-

zung zur Grundbuchberichtigung -Ziffer III. 2- und der Hinweis auf das Betretungsrecht von Grundstücken durch Beauftragte der Flurbereinigungsbehörde -Ziffer III.3- des Flurbereinigungsbeschlusses vom 02.03.1989 fort. Die Bestimmungen der Ziffern sind aus dem Flurbereinigungsbeschuß vom 02.03.1989, der mit ausgelegt ist, zu ersehen.

### III. Vollziehung des Beschlusses

Im öffentlichen Interesse wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung - VwGO - in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.03.91 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.1997 (BGBl. I S. 3224) die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses angeordnet, so daß die Anfechtungsklage gegen diesen Beschluß keine aufschiebende Wirkung hat.

### IV Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluß kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz - Senat für Flurbereinigung - Deinhardplatz 4, 56068 Koblenz, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden (§ 140 FlurbG - §§ 68 Abs. 1 Satz 2 und 190 Abs. 2 Nr. 4 VwGO).

Die Klage ist gegen das Saarland - vertreten durch das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr - Obere Flurbereinigungsbehörde - , Halbergstr. 50, 66121 Saarbrücken - zu richten.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigelegt werden, daß alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

### V. Gründe:

Da die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einleitung eines Unternehmensflurbereinigungsverfahrens nach den §§ 87 bis 89 FlurbG im Jahre 1989 noch nicht gegeben waren - das Planfeststellungsverfahren für die Weiterführung der Bundesautobahn A 8 - Teilstrecke „Moselabstieg“ - war noch nicht eingeleitet und der Antrag der Enteignungsbehörde auf Einleitung eines Verfahrens nach den §§ 87 ff. FlurbG lag noch nicht vor, hatte der Minister für Wirtschaft - Obere Flurbereinigungsbehörde - zunächst ein Flurbereinigungsverfahren nach §§ 1, 37 und 4 FlurbG angeordnet, mit der Zielsetzung, dieses Verfahren, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind, in ein Verfahren gemäß den Bestimmungen nach §§ 87 bis 89 FlurbG umzustellen.

Die im Jahre 1989 fehlenden gesetzlichen Voraussetzungen für eine Unternehmensflurbereinigung zugunsten des Unternehmensträgers - Bundesrepublik Deutschland, Bundesstraßenverwaltung - liegen zwischenzeitlich vor.



Das Planfeststellungsverfahren für den Weiterbau der BAB A 8 zwischen der Anschlußstelle Perl-Borg und der deutsch-luxemburgischen Grenze mit Moselüberquerung - „Moselabstieg“ - wurde nicht nur eingeleitet, sondern mit Beschluß des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr (MUEV) vom 20. Mai 1996, Az.: B/5 - 32 - 92/95 wurde der Weiterbau auch planfestgestellt. Gegen den Planfeststellungsbeschluß des MUEV hatte der Naturschutzbund Deutschland Klage erhoben. Das Oberverwaltungsgericht hat über die Klage mit Urteil vom 29.04.1997 entschieden und den sofortigen Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses ausgesetzt.

Inzwischen hat das MUEV mit Beschluß vom 20. Oktober 1997 den Nichtvollzug des Planfeststellungsbeschlusses für eine Teilstrecke zwischen Km 69 + 200 mit der Anschlußstelle Perl und der deutsch-luxemburgischen Grenze einschließlich der Brücke über die Mosel ausgesetzt. Damit sind die rechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme der Bauarbeiten an dem ausgeschriebenen Brückenbauwerk BW 1588 geschaffen.

Für die Reststrecke bis zur Anschlußstelle Perl-Borg ist noch in diesem Jahr ein Änderungs- und Ergänzungsbeschluß des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr zum Planfeststellungsbeschluß vom 20.05.1996 zu erwarten.

Darüber hinaus hat das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr - Enteignungsbehörde - mit Schreiben vom 17.03.1997 bei der Oberen Flurbereinigungsbehörde die Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens nach den §§ 87 ff FlurbG beantragt.

Zielsetzung eines Flurbereinigungsverfahrens unter Anwendung der §§ 87 bis 89 FlurbG ist es, den in dem festgestellten Verfahrensgebiet durch Bereitstellung von Land in großem Umfang für Unternehmen entstehenden Landverlust auf einen größeren Kreis von Eigentümern zu verteilen und die Nachteile für die allgemeine Landeskultur, die durch den Unternehmensträger entstehen, auf ein Minimum zu reduzieren.

Im Verfahren Perl-Oberperl-Sehndorf kann durch die Verfahrensumstellung das Land für die Großbaumaßnahme „Weiterführung der Autobahn A 8“ an der benötigten Stelle ausgewiesen werden und die durch das Unternehmen - Bundesrepublik Deutschland, Bundesstraßenverwaltung - entstehenden Nachteile für die allgemeine Landeskultur vermieden bzw. reduziert werden.

Der für das Unternehmen erforderliche Landbedarf konnte bereits durch Verzicht auf Landabfindung zugunsten einer Geldabfindung gem. §§ 52/53 FlurbG im gesamten Verfahrensgebiet beschafft werden, so daß ein Landabzug für Zwecke des Unternehmens gem. § 88 Nr. 4 FlurbG entfällt.

Schließlich ist die Umstellung in ein Zweckverfahren für die Teilnehmergeinschaft von finanzieller Bedeutung. Der Träger des Unternehmens hat nämlich an die Teilnehmergeinschaft den Anteil an den Ausführungskosten zu zahlen, der durch die Bereitstellung der zugeteilten Flächen und Ausführung der durch das Unternehmen nötig gewordenen gemeinschaftlichen Anlagen verursacht ist.

Die beteiligten Grundstückseigentümer wurden in der Aufklärungsversammlung am 13. Juli 1998 über den besonderen Zweck dieses Verfahrens einschließlich der Kosten aufgeklärt.

Die Landwirtschaftskammer für das Saarland, die Landesplanungsbehörde, die Gemeinde Perl und der Landkreis Merzig-Wadern wurden gehört. Gegen die Fortführung des laufenden Flurbereinigungsverfahrens unter Anwendung der §§ 87 ff FlurbG wurden keine Bedenken vorgetragen.

Die Zuziehung der im Beschluß genannten Flurstücke ist erforderlich, um so einerseits die vom Unternehmensträger für die planfestgestellte bzw. geplante Autobahntrasse im Verfahrensgebiet benötigten Flächen bereitstellen zu können und andererseits, um die durch die Großbaumaßnahme entstehenden Nachteile für die allgemeine Landeskultur und für die dort noch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe durch Maßnahmen nach dem FlurbG mindern zu können.

Durch die Zuziehung der Flurstücke, deren Eigentümer zum Teil in Vereinbarungen zum Verzicht auf Landabfindung gem. § 52 FlurbG diese beantragt hatten, kommen alle betroffenen Eigentümer in den Genuß der „Schutzvorschrift“ des § 87 FlurbG gegen Nachteile, die ansonsten durch umfangreiche Enteignungen zugunsten des Unternehmensträgers entstehen könnten.

Die sofortige Vollziehung ist anzuordnen, um den Unternehmensträger sobald wie möglich in den Besitz der benötigten Flächen einweisen zu können, damit dieser nach Vorliegen der planungsrechtlichen Voraussetzungen jederzeit mit den Baumaßnahmen beginnen kann.

Im übrigen liegt die sofortige Vollziehung auch im wohlverstandenen Interesse der Beteiligten, damit die Teilnehmergeinschaft die begonnenen Maßnahmen, soweit diese von der o. a. Großbaumaßnahme berührt werden, zügig fortführen kann.

Im Auftrag

Ritsch





Betr.: Flurbereinigungsverfahren Perl-Oberperl-Sehndorf

hier: Umstellung des Verfahrens nach §§ 87, 88 FlurbG

## B e s c h e i n i g u n g

Es wird hiermit bescheinigt, daß die "Öffentliche Bekanntmachung" des Amtes für Landentwicklung vom 31.07.98.... Az.: F-POS.-1466/98... nach den für die öffentliche Bekanntmachung von Verfügungen der Gemeinden bestehenden Rechtsvorschriften am 06. August 1998... in... im amtlichen Bekanntmachungsblatt... bekannt gemacht worden ist.  
der Gemeinde Perl "MOSELLA"

Perl, den 14.09.1998



Der Bürgermeister

*[Handwritten signature]*